

# PRESSEMITTEILUNG

## Verfassungsschutzbericht 2016

### **Innenminister Caffier: Unsere Demokratie ist verletzlich – Verfassungsschutz als Instrument der wehrhaften Demokratie weiter von zentraler Bedeutung für unsere Freiheit**

# IM

Datum: 10.10.2017

Nummer: 167

Der Minister für Inneres und Europa Lorenz Caffier hat heute den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2016 vorgestellt. Der Bericht informiert über die wesentlichen Entwicklungen im Bereich des Rechts-, Links- und Ausländerextremismus sowie den islamistischen Extremismus in Mecklenburg-Vorpommern, bewertet diese und stellt sie in einen Gesamtzusammenhang.

„Spätestens seit dem Anschlagsgeschehen des letzten Jahres, bei denen viele Tote und Verletzte zu beklagen waren, wissen wir, dass die Gefahren durch den islamistischen Terrorismus real sind und der Verfassungsschutz neben den anderen Sicherheitsbehörden unseres Landes heute stärker als je zuvor gefordert ist, alle Angriffe auf unsere Demokratie und unsere Gesellschaft wirksam abzuwehren“, erklärt Innenminister Lorenz Caffier und ergänzt: „Die vom Islamismus ausgehenden Gefahren dürfen jedoch nicht den Blick auf andere Extremismusbilder verstellen. Nach wie vor geht hierzulande auch vom Rechtsextremismus eine bedeutende politische Bedrohung unserer Demokratie aus. Daneben zeigen die Ereignisse rund um den G20-Gipfel, dass auch Linksextremisten darauf aus sind, unser Gemeinwesen zu zerstören.“

Die innere Sicherheit unseres Landes ist vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt ist, denen sich der Verfassungsschutz stellt. 2016 kam mit dem Spektrum der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ ein umfangreiches Aufklärungsgebiet hinzu.

Ministerium für Inneres und Europa

Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 1

19055 Schwerin

Telefon: +49 385 588-2003

Telefax: +49 385 588-2971

E-Mail: [presse@im.mv-regierung.de](mailto:presse@im.mv-regierung.de)

Internet: [www.im.mv-regierung.de](http://www.im.mv-regierung.de)

V. i. S. d. P.: Marion Schlender

## **Rechtsextremismus**

Eine zentrale Herausforderung für den Verfassungsschutz des Landes bleibt der Rechtsextremismus.

Hier waren 2016 folgende wesentliche Entwicklungen zu beobachten:

Die Szene konnte nicht an die Mobilisierbarkeit des Jahres 2015 anknüpfen. Es war ein deutlicher Rückgang des zuwanderungsfeindlichen Demonstrationsgeschehens zu verzeichnen.

Neu hinzugekommen sind allerdings Aktivisten, die nicht dem für die rechtsextremistische Szene des Landes Mecklenburg-Vorpommern typischen Neonazismus anhängen, sondern sich als „Identitäre“ oder „Kontrakulturelle“ bezeichnen. Sie richten sich gegen eine vermeintliche Auswechslung der jetzigen Bevölkerung durch Zuwanderer, wobei Migranten aus nichteuropäischen Kulturen als besondere Bedrohung für die eigene Ethnie und die eigene Kultur gesehen werden. Aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen beobachten die Verfassungsschutzbehörden diese „Bewegung“ als Verdachtsfall.

Innenminister Caffier: „Die jüngsten Durchsuchungen gegen einen Personenkreis, der im Verdacht steht, eine schwere staatsgefährdende Straftat zu planen und sich für einen befürchteten Zusammenbruch der staatlichen Ordnung mit Vorräten, legalen Waffen und Munition ausgerüstet zu haben, lenkt den Blick erneut und verstärkt auf Strömungen in der rechtsextremistischen Szene, die bereits im letzten Jahresbericht beschrieben wurden.“

Auch 2016 konnte festgestellt werden, dass sich Rechtsextremisten auf einen vermeintlichen „Notstand“ oder gar „Bürgerkriegszustände“ rüsten. Durch gezieltes Trainieren von Überlebentechniken, dem Anlegen von Vorräten oder der Beschaffung von Hieb- und Stichwaffen erfolgt die Vorbereitung auf diesen „Ernstfall“.

## **Personenpotenzial Rechtsextremismus**

Das Gesamtpotenzial der rechtsextremistischen Szene ist im Berichtszeitraum in Mecklenburg-Vorpommern nicht angewachsen. Der Szene sind weiterhin etwa 1.450 Personen zuzurechnen. Allerdings hat es erneut leichte szeneeinterne Verschiebungen gegeben. So ging die Zahl der NPD-Anhänger von 340 auf 310 erneut zurück. Die Zahlen im Bereich der rechtsextremistischen Subkulturen

und der Neonaziszene blieben mit 580 bzw. 500 gleich. Gleichzeitig war ein leichtes Anwachsen des Personenpotentials bei den sonstigen rechtsextremistischen Organisationen festzustellen. Die Zahl der gewaltorientierten Szeneangehörigen ist leicht von 680 auf ca.700 gestiegen. Insgesamt folgt die Entwicklung im Land damit dem aktuellen Bundestrend.

### **Rechtsextremistisches Straftatengeschehen**

Die hohe Anzahl rechtsextremistischer Straftaten ist weiterhin besorgniserregend. Die Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten ist von 952 im Jahr 2015 auf 955 im Jahr 2016 leicht gestiegen. Dabei hat sich die Zahl der Gewalttaten jedoch von 93 auf 79 verringert. Die fremdenfeindlichen Straftaten nahmen von 311 auf nunmehr 304 leicht ab. Darunter 53 Gewaltdelikte. Im Jahr 2015 wurden hier noch 57 derartige Delikte registriert. Angriffsziele waren auch 2016 sowohl Einzelpersonen mit Migrationshintergrund als auch Asylbewerberunterkünfte. So wurden 33 Übergriffe (2015: 48) auf bewohnte oder unbewohnte Flüchtlingsunterkünfte registriert. Die Palette reicht hier von Sachbeschädigungen über Bedrohungen bis hin zu einem Branddelikt.

Der leichte zahlenmäßige Rückgang ist jedoch kein Grund zur Entwarnung, zumal das Niveau der Straftaten weiterhin deutlich über dem Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre liegt. Im Gegenteil:

„Die nach wie vor hohe kriminelle Energie der Rechtsextremisten gegenüber geflüchteten Menschen birgt die Gefahr schwerster Straftaten bis hin zu terroristischen Vorgehensweisen in sich. Hier müssen wir weiterhin sehr aufmerksam sein“, so Innenminister Caffier.

Die Zahl der antisemitischen Straftaten stieg im Berichtszeitraum von 19 im Jahre 2015 auf 37 im Jahr 2016. Allerdings gab es hier keine Gewalttat.

### **Neonazis**

Die neonazistische Szene konnte sich stellenweise neu strukturieren sowie alte Strukturen, z. B. in Rostock, neu beleben. Allerdings ist die Szene in den sozialen Netzwerken weiterhin deutlich präsenter als auf der Straße. Vielfach werden interne Veranstaltungen durchgeführt, etwa zur Sonnenwende oder mit einem Bezug zur Geschichte des Nationalsozialismus.

Im Berichtszeitraum war auffällig, dass in den sozialen Netzwerken neben der rassistischen Propaganda auch verstärkt der Ruf nach Beseitigung des kapitalistischen Systems und die Errichtung eines „völkischen Sozialismus“ laut wurde.

### **NPD-Landesverband / Landtagswahlkampf**

Vom 1. - 3. März 2016 fand vor dem Bundesverfassungsgericht die mündliche Verhandlung zum NPD-Verbotsantrag des Bundesrates statt, in welcher der Nachweis der Staatsfreiheit und der Verfassungsfeindlichkeit der Partei erbracht werden sollte. Das Gericht ist in seiner am 17. Januar 2017 ergangenen Entscheidung den Argumenten des Bundesrates zum größten Teil gefolgt ist und hat die Partei als verfassungsfeindlich eingestuft.

Minister Caffier: „Ein Verbot ist letztlich nur deswegen nicht erfolgt, weil die NPD derzeit keine Aussicht hat, ihre politischen Ziele durchzusetzen.“

Parallel zur entscheidenden Phase des NPD-Verbotsverfahrens gingen die Aktivitäten der Partei im ersten Halbjahr 2016 deutlich zurück. Zeitgleich brachen die 2015 gehäuften zuwanderungsfeindlichen Aktivitäten der „Bewegung Mecklenburg-Vorpommern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (MVGIDA), die von der NPD gesteuert wurde, in sich zusammen.

Erst aus der Notwendigkeit, einen wahrnehmbaren Landtagswahlkampf führen zu müssen, wurde die NPD etwa ab Jahresmitte wieder sichtbar. Es kam zu zahlreichen Wahlkampfauftritten, die von NPD-Kadern aus anderen Bundesländern unterstützt wurden. Auffällig war, dass die NPD trotz des laufenden Parteiverbotsverfahrens eine deutlich aggressivere Wahlkampagne durchführte als in den Wahlkämpfen zuvor. So wurde massiv und unter Einsatz martialischer Stilmittel gegen Flüchtlinge und die politisch Verantwortlichen in Bund und Land agitiert.

Der Erfolg blieb jedoch aus. Die Partei blieb mit 3 % der Wählerstimmen unter der 5%-Hürde und konnte nicht wieder in den Landtag einziehen. Damit ist der Partei eine bundesweit bedeutsame Stütze im politischen „Kampf um die Köpfe“ weggebrochen.

## **Rechtsextremistische Musikveranstaltungen**

Im Jahr 2016 war mit 10 rechtsextremistischen Konzerten ein leichter Anstieg gegenüber sieben Konzerten im Jahr 2015 zu verzeichnen. Sorge bereitet es den Sicherheitsbehörden, dass sich nicht nur im Umfeld von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen Verbindungen der Rockerszene in das rechtsextremistische Lager zeigen. Hier bedarf es weiterer Aufklärung.

## **Internetaktivitäten / soziale Netzwerke**

Auch im aktuellen Berichtszeitraum nutzten Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern das Internet und hier insbesondere die sozialen Netzwerke als vorrangiges Instrument für ihre politische Kommunikation. Vorrangiges Ziel war es auch hier, eine feindliche Stimmung gegen Zuwanderer zu erreichen.

## **„Reichsbürger und Selbstverwalter“**

Im Jahr 2016 haben die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ zum Beobachtungsobjekt erklärt. Auslöser war die wachsende Aggressivität dieses Spektrums und nicht zuletzt die bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen „Reichsbürgern“ und der Polizei. In Bayern endete eine polizeiliche Maßnahme mit der Abgabe tödlicher Schüsse durch einen Reichsbürger auf einen Polizisten.

Diese Bewegung ist gegenwärtig als extremistische Bestrebung eigener Art zu beschreiben und kann nur teilweise dem Rechtsextremismus zugeordnet werden. Allerdings gibt es auch Überschneidungen mit dem rechtsextremistischen Spektrum. In Mecklenburg-Vorpommern umfasst diese Szene nach momentanen Einschätzungen ca. 300 Personen. In Zusammenarbeit mit der Polizei und den Kommunalbehörden wird diese weiter aufgeklärt. Entsprechende Gegenmaßnahmen, wie der Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse, sind eingeleitet.

Darüber hinaus hat der Verfassungsschutz des Landes Schulungen für Kommunalbehörden und andere Einrichtungen durchgeführt sowie einen Flyer mit grundlegenden Informationen zu diesem Phänomenbereich veröffentlicht.

## **Linksextremismus in M-V**

Die Aktivitäten der linksextremistischen Szene im Jahr 2016 waren vorrangig geprägt von der Flüchtlingspolitik und den Ereignissen rund um die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei hat sowohl die Kandidatur der rechtsextremistischen Partei „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD) als auch die der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu einer deutlich höheren Mobilisierung der linksextremistischen Szene geführt.

### **Personenpotenzial Linksextremismus**

Dem Linksextremismus in MV sind ca. 440 Personen zuzurechnen. Gewaltbereite Linksextremisten, die sich mehrheitlich als Autonome bezeichnen, haben daran den größten Anteil. Zahlenmäßig verzeichnete diese Gruppe im Berichtszeitraum im Gegensatz zum Bundestrend nur einen leichten Zuwachs. Personelle Überschneidungen zeigen sich zum Mitgliederaufkommen der Hafthilfeorganisation „Rote Hilfe e.V.“, die sich selbst als „wichtigste und größte Antirepressionsorganisation in Deutschland“ sieht und die dem linksextremistischen Spektrum politische und materielle Hilfe anbietet.

Folgende Aktionsfelder waren im Berichtszeitraum von Bedeutung:

#### **Gewaltorientierter „Antifaschismus“**

Die Bekämpfung des „Faschismus“ ist das Hauptaktionsfeld von Linksextremisten. Im Rahmen des „antifaschistischen Kampfes“ wurden im Jahr 2016 in Mecklenburg-Vorpommern diverse Personen geschädigt, die als politische Gegner angesehen wurden. Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle ein neues Phänomen, dass nämlich zunehmend auch Dritte, die nicht Mitglieder der AfD sind, sondern mit dieser lediglich in geschäftlichen Verbindungen stehen, zum Zielobjekt linksextremistischer Attacken werden, so z.B. Vermieter von Veranstaltungsräumen.

#### **„Antirepression“**

Wie das Beispiel von Farbanschlägen auf das Justizgebäude in Rostock am 15. Januar 2016 und auf eine Polizeiwache in Rostock am 4. Februar 2016 zeigen, verschwimmen die Aktionsfelder „Antifaschismus“ und

„Antirepression“. In ihrem aktiven Widerstand gegen den „Faschismus“ werden polizeiliche Maßnahmen bei Demonstrationen, die das Aufeinandertreffen der politischen Gegner verhindern, von Linksextremisten als Unterstützung des Faschismus verstanden. Schwerpunkte solcher Aufeinandertreffen von Links- und Rechtsextremisten stellten im Jahr 2016 die rechtsextremistischen Demonstrationen am 1. Mai in Schwerin und am 8. Mai in Demmin dar.

### **Dogmatischer Linksextremismus**

Die Organisationen und Parteien des dogmatischen Linksextremismus entfalteten im Berichtszeitraum nur eine schwache Außenwirkung. Im Wesentlichen veranstalteten sie Mitgliedertreffen und interne Schulungen. Insgesamt ist festzustellen, dass die politischen Ziele der dogmatischen Linksextremisten so gut wie keine nennenswerte Anziehungskraft auf die Bevölkerung ausüben.

### **Islamismus/ islamistischer Terrorismus**

Der Salafismus ist in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern Europas nach wie vor die am dynamischsten wachsende islamistische Bewegung. Ihm werden mit Stand Dezember 2016 in Deutschland derzeit ca. 9.700 Personen zugerechnet. Das Personenpotential des Salafismus in Mecklenburg- Vorpommern wird mit einer Zahl im hohen zweistelligen Bereich veranschlagt und ist damit um rund 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies kann sicher mit der anhaltenden Flüchtlingsbewegung aus dem Nahen und Mittleren Osten in Verbindung stehen.

### **Salafistische „LIES!-Kampagne“**

Öffentlich wahrnehmbar war diese Szene im vergangenen Berichtsjahr durch die Fortsetzung der „LIES!“- Kampagne in Rostock und Schwerin, bei der wiederholt kostenlos Korane verteilt wurden. Am 15. November 2016 wurde die salafistische Organisation „Die Wahre Religion“, die die „LIES!“-Kampagne organisierte, durch das Bundesinnenministerium verboten, da sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung richtete. Nach diesem Verbot waren in Mecklenburg-Vorpommern keine öffentlichen Koranverteilungen der Salafisten mehr feststellbar.

Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden stellt der islamistische Terrorismus nach wie vor die größte Gefahr

für die innere Sicherheit Deutschlands dar. Ein großes Problem sind in diesem Zusammenhang die nach Syrien oder in den Irak ausgereisten Jihadisten. So lagen Ende 2016 Erkenntnisse zu mehr als 880 Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen. Ein Fünftel dieser Personen ist weiblich. Im Dezember 2015 lag die Zahl der Ausgereisten noch bei 780. Rund ein Drittel der Ausgereisten ist mittlerweile nach Deutschland zurückgekehrt. In den meisten Fällen ist schwer einzuschätzen, ob diese Personen in Syrien bzw. im Irak als Islamisten an Kampfhandlungen teilgenommen haben.

Zur Teilnahme von Personen aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern am Bürgerkrieg in Syrien/Irak liegen auch für das Jahr 2016 keine belastbaren Erkenntnisse vor. Es gibt jedoch zahlreiche Hinweise zu Einzelpersonen, welche Bezüge zum Bürgerkrieg in Syrien/Irak aufweisen, etwa in Form von Ausreiseabsichten oder dortigen Aktivitäten vor der Einreise nach Deutschland. Da von einer mehr oder weniger großen Dunkelziffer auszugehen ist – jede Türkeireise kann zumindest theoretisch auch eine Weiterreise nach Syrien beinhalten – ist eine seriöse Zahlenangabe an dieser Stelle nicht möglich.

Der Krieg in Syrien sowie die Aktionen und Propagandaaktivitäten der Terrororganisation IS stießen auch bei Personen in Mecklenburg-Vorpommern auf positive Resonanz, was typischerweise in Form von Sympathiebekundungen in den sozialen Netzwerken des Internets zum Ausdruck kommt. Einzelne Personen in Mecklenburg-Vorpommern lassen sich darüber hinaus islamistischen Organisationen wie der HAMAS, der „Hizb Allah“, den „Murabitun“ und der „Türkischen Hizbollah“ zuordnen.

### **Spionageabwehr**

Die Beobachtung von Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in Deutschland erfolgt im Rahmen der Spionageabwehr und wird von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ebenfalls als Verbundaufgabe wahrgenommen.

Im Wesentlichen richten sich Spionageaktivitäten nach wie vor auf die Beschaffung von Informationen aus den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Entwicklung,

Politik, Wirtschaft sowie Militär. Dabei steht insbesondere die Ausforschung technologisch-innovativer ausgerichteter Forschungsinstitutionen und Wirtschaftsunternehmen im Fokus eines nachrichtendienstlichen Interesses, hier vornehmlich die Bereiche Luft- und Raumfahrttechnik, Automobil- und Maschinenbau, Kommunikationstechnologie sowie Umwelt und Energietechnik, die auch in Mecklenburg-Vorpommern vertreten sind. Für den Berichtszeitraum 2016 sind in Deutschland weiterhin die Nachrichtendienste der Russischen Föderation, der Volksrepublik China sowie der Islamischen Republik Iran als Hauptträger von Spionageaktivitäten anzusehen. Aber auch die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten weiterer Staaten unterliegen der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. So gab es im Zusammenhang mit den Flüchtlingsbewegungen auch Hinweise auf mögliche Tätigkeiten syrischer Nachrichtendienste.

Darüber hinaus berät und sensibilisiert der Verfassungsschutz im Rahmen eines präventiv ausgerichteten Wirtschaftsschutzes über die Gefahren von Spionage und Sabotage und leistet so einen wichtigen Beitrag, mögliche nachrichtendienstlich relevante Aktivitäten bereits im Vorfeld zu erkennen und abzuwehren.

Als wesentliche Kernelemente sind dabei eine intensive, partnerschaftliche Zusammenarbeit, ein vertraulicher Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren im Verfassungsschutz, Unternehmen und Verbänden sowie eine weitere Optimierung bestehender Fähigkeiten des betrieblichen Wirtschaftsschutzes zu nennen.

„Auch in diesem Jahr zeigt der Verfassungsschutzbericht, welche vielfältigen Gefährdungen für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bestehen. Die daraus erwachsenden Bedrohungen konnten oft nur durch den Verfassungsschutz und unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erkannt werden. Damit ist und bleibt der Verfassungsschutz ein unverzichtbares Instrument des demokratischen Rechtsstaates für den Schutz der Bevölkerung“, sagte Minister Caffier abschließend.